Dutzende Journalisten: Familienministerin Kristina Schröder (CDU) präsentiert in Berlin ihre Pläne für ein Kinderschutzgesetz. Foto: dapd

ade folgen ndlungen

zu scheitern. Zahlungen werden sich verzögern

. dass das dann verbes-
ket für Kinder aus är-
en schnell in Kraft tre-
. Februar tagt der Bun-
en Mal in 2011 – und
m veränderten Gesetz
die Erhöhung der Re-
Euro schon ab Januar
n auch ohne beschlos-
ine Hürden. „So wird
ntenbesoldung im Vor-
lichen Erhöhung ver-
er.
sieht man das anders.
chäftsführer Peter Alt-
Rechtsgrundlage, die
tz-IV-Empfänger aus-
s ein „politisch belast-
im Vermittlungsaus-
Gleiche gelte für eine
endung des Bildungs-
-Politiker appellierte
rer gesamtstaatlichen
gerecht zu werden. Die
keine rechtsfreien
rte, dass die SPD er-
verhandele.
fin der Linken, Gesine
SPD und Grüne auf,

on 1300 neuen
n-Verwaltern
die Schulen
zialarbeiter.
permann (SPD)

„endlich Farbe zu bekennen". Mit der Blockade der saarländischen Grünen im Bundesrat hätten „beide Parteien im Vermittlungsausschuss die Chance, zumindest die Forderungen der Sozialverbände, die Hartz-IV-Regelsätze auf 420 Euro zu erhöhen, durchzusetzen", sagte Lötzsch dem Abendblatt.

Der Deutsche Kinderschutzbund begrüßt die Blockade der Grünen

Doch selbst wenn es ein Vermittlungsergebnis noch in diesem Jahr gäbe, müssten diesem Bundesrat und Bundestag zustimmen. Vor dem Jahreswechsel wäre dies nur in Sondersitzungen möglich. Und auch dann wäre eine Auszahlung der neuen Hartz-Sätze zum 1. Januar. Die BA braucht spätestens am 17. Dezember eine Entscheidung, um die Januar-Bescheide richtig auszustellen und zu verschicken. Für die 4,5 Millionen Hartz-IV-Empfänger hat das weitreichende Folgen. Die Reform sieht die Anhebung der Sätze für Erwachsene zum 1. Januar auf 364 Euro monatlich vor. Erst wenn eine gesetzliche Grundlage vorliegt, kann die BA die Erhöhung nachzahlen. Unklar ist, ob dies auch für das Förderpaket für Kinder aus ärmeren Verhältnissen gilt. Für 2,3 Millionen Kinder sind 700 Millionen Euro pro Jahr geplant – Zuschüsse für Schulmaterial, Mittagessen und Freizeitaktivitäten. Das Arbeitministerium prüft nach Angaben der „Süddeutschen Zeitung", ob das Bildungspaket schon ab Januar greifen kann. Eine rückwirkende Nachzahlung von Mittagessen oder Schulmaterial schloss die BA dagegen aus.

Der Deutsche Kinderschutzbund begrüßte die Ankündigung der saarländischen Grünen, der Hartz-IV-Reform nicht zuzustimmen. Damit werde der Weg für dringend nötige Verbesserungen frei. Foto: picture alliance

Seite 2 Leitartikel: Das Thema verfehlt

vollen fünf Prozent

sollen am Aufschwung teilhaben

übertragen wird. Dies
Millionen Menschen.
Übernahme von Aus-
ordert. Laut Bsirske
tpaket rund 3,6 Milli-
n. Dagegen beziffern
lie Gesamtkosten auf
ro.

esichts ihrer Schulden
n Spielraum
nde der Tarifgemein-
Länder (TdL), der nie-
anzminister Hartmut
agte: „Ich sehe bei den
nanziellen Spielraum,
rhöhung ermöglichen
ier nähmen 2011 wei-
teuern ein als 2008.

Zudem verbiete die Schuldenbremse den Ländern, spätestens ab 2020 neue Schulden zu machen. Nötig sein ein „strikter Konsolidierungskurs" – und der sei mit stark steigenden Personalkosten nicht zu schaffen. Der TdL gehören alle Bundesländer außer Berlin und Hessen an.

Anfang 2010 hatte es bereits einen Tarifabschluss für die rund zwei Millionen Angestellten von Bund und Kommunen gegeben. Ihre Gehälter werden bis zum Sommer 2011 stufenweise um insgesamt 2,3 Prozent angehoben. Das Tarifergebnis war nach Warnstreiks in der Schlichtung zustande gekommen. Damals hatten die Gewerkschaften ebenfalls ein Plus im Volumen von fünf Prozent gefordert. (dpa)

Defizit im Bundeshaushalt wächst weiter

WIESBADEN :: Die Lage des Bundeshaushaltes bleibt angespannt. In den ersten drei Quartalen wies der Kernetat des Bundes ein Finanzierungsdefizit von 49,4 Milliarden Euro auf, wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden mitteilte. Das sind 16,1 Milliarden Euro mehr als in den ersten drei Quartalen 2009. Beim Kernhaushalt sind Extrahaushalte wie die Sonderfonds zur Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise nicht enthalten.

Ursachen für das erhöhte Defizit sind deutlich gestiegene Ausgaben bei gleichzeitig gesunkenen Einnahmen. Das Statistikamt nennt unter anderem das vorzeitige Abrufen der Beteiligung des Bundes an den Kosten der Arbeitsförderung durch die Bundesagentur für Arbeit und den höheren Zuschuss des Bundes an den Gesundheitsfonds als Gründe.

Etwas besser stellte sich die Entwicklung der Haushalte bei den Bundesländern dar. Hier reduzierte sich das Finanzierungsdefizit in den Kernhaushalten in den ersten drei Quartalen 2010 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 4,7 Milliarden Euro auf 17,0 Milliarden Euro. (dpa)

BONN :: Papst Benedikt XVI. kommt vom 22. bis 25. September 2011 nach Deutschland. Das gab die Deutsche Bischofskonferenz bekannt. „Wir werden jetzt umgehend in die Programmplanungen einsteigen", sagte der Bischofskonferenz-Vorsitzende, Erzbischof Robert Zollitsch. Seit der Reise nach Bayern 2006 ist die bevorstehende Visite von Benedikt XVI. der erste Staatsbesuch des Papstes in seinem Heimatland. Als Stationen sind dabei die Erzbistümer Berlin und Freiburg sowie das Bistum Erfurt vorgesehen. (KNA)

FRANKREICH

Unternehmen müssen künftig „Google-Steuer" zahlen

PARIS :: Frankreich will ab dem 1. Januar 2011 mit einer sogenannten „Google-Steuer" von Internet-Umsätzen profitieren. Unternehmen mit Sitz in Frankreich sollen künftig auf ihre Onlineeinnahmen eine Sonderabgabe zahlen, hat eine Kommission aus Parlament und Senat beschlossen. Präsident Sarkozy hatte bereits Anfang des Jahres eine Sonderabgabe für Google und dessen Konkurrenten gefordert. (dpa)

ANZEIGE

Da stand mal was Gutes

HOLSTEN EDEL.